

Kernprojekt I/1: Rüstungskontrollpolitik demokratischer Staaten in den 1990er Jahren

Gegenstand

Untersucht wird die Rüstungskontroll-, Abrüstungs- und Nichtverbreitungspolitik von zehn demokratischen Ländern (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Niederlande, Irland, Kanada, Österreich, Schweiz, Schweden) während der neunziger Jahre. Die Fallstudien erstrecken sich auf zehn rüstungskontrollpolitische Felder: Nukleare Abrüstung, Nukleare Nichtverbreitung, Teststopp, Raketenabwehr, Chemische Waffen, Biologische Waffen, Konventionelle Waffen, Vertrauensbildung, Landminen, Kleinwaffen. Forschungsgegenstand sind das Verhandlungsverhalten der untersuchten Länder, die darauf bezogenen Entscheidungsprozesse und die begleitenden politischen Diskurse.

Fragestellung

Das Projekt wendet Annahmen der Theorie vom demokratischen Frieden auf die Rüstungskontrollpolitik an. Diesen zufolge sind Demokratien kriegsabgeneigt, kostenbewusst und kooperationsfreudig. Daraus leitet sich unsere Annahme ab, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung in der Sicherheitspolitik der Demokratien einen prioritären Platz einnehmen müssten. In den neunziger Jahren lassen sich in der internationalen Rüstungskontrollpolitik Verhaltensweisen demokratischer Länder beobachten, die von dieser Annahme abweichen: Die Rüstungskontrollneigung der Demokratien war uneinheitlich; zumindest in den USA verdrängt Unilateralismus zunehmend kooperative Sicherheitspolitik, während andere demokratische Länder sich durch rüstungskontrollpolitische Initiativen hervortaten. Das Projekt untersucht im Detail die Varianz von Rüstungskontrollpolitik in zehn Demokratien auf zehn rüstungskontrollpolitischen Feldern. Es versucht, die so ermittelte und präzisierte Varianz mit dem Ansatz „Antinomien des demokratischen Friedens“ zu erklären. Dieser Ansatz erkennt an, dass die in den Theorien demokratischen Friedens angegebenen Kausalitätsmechanismen zwar korrekt Attribute von Demokratien angeben, die prognostizierten politischen „outcomes“ jedoch nicht zwingend, sondern lediglich kontingent aus ihnen hervorgehen. Die Antinomien machen alternative Entwicklungspfade deutlich; das Projekt versucht die Bedingungen festzustellen, unter denen diese Alternativen zum Tragen kommen. Die Erklärungskraft dieses Ansatzes wird mit der einer neorealistischen Alternativhypothese verglichen: demzufolge wären unterschiedliche Politiken Ergebnis der Varianz in den Machtpositionen der untersuchten Länder.

Stand der Forschung

Die Hypothese, derzufolge Rüstungskontrolle die adäquate Strategie der Demokratie ist, mit den Instrumenten organisierter Gewaltanwendung umzugehen, scheint durch einige neuere Forschungsergebnisse über breitere Fragen der Sicherheitspolitik gestützt zu werden.

So haben John Mueller und Evan Luard herausgearbeitet, dass die Kosten moderner Kriege durch die erwartbaren Gewinne nicht gedeckt werden können. Bemerkenswerterweise stellte Mueller diese Relation bereits für konventionelle Kriegsführung fest. Die Vermutung, Massenvernichtungswaffen würden in einem modernen Krieg zwangsläufig zur Anwendung kommen, verstärkt dieses negative Nutzenkalkül noch. (Mueller 1989, Luard 1988). Diese Ergebnisse unterfüttern die rationalistische Argumentation des „demokratischen Friedens“: Die Aversion der Wählerschaft gegen den Krieg dürfte um so höher steigen, je weiter die Erwartung eines positiven Nutzens in die Ferne rückt.

Dies sollte aber auch Folgen für die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger haben, Ressourcen für die Kriegsvorbereitung zur Verfügung zu stellen. Das rationalistisch-utilitaristische Argument des demokratischen Friedens erhält eine weitere Verstärkung. Wenn der Krieg keinen Nutzen verspricht, so ist – zumindest bei den in den entwickelten Demokratien typischen bescheidenen ökonomischen Wachstumsraten des letzten Jahrzehnts, also angesichts schmerzlicher Prioritätenkonflikte zwischen militärischen und zivilen Ausgaben – allenfalls das Minimum einer Verteidigungs- oder Abschreckungsfähigkeit zu rechtfertigen. Hier kommt nun die Rüstungskontrolle ins Spiel. Sie gilt als ein wichtiges Hilfsmittel, um durch vereinbarte Rüstungsbeschränkungen Investitionen in Verteidigung und Abschreckung auf dem Minimum zu halten. Insofern könnte sie unter rationalistischen Gesichtspunkten das geeignete Instrument für die Demokratien sein.

Weiterhin wird dieses Argument durch das Modell der „postmilitärischen Gesellschaft“ („post-military society“) gestützt, das Shaw unmittelbar am Ende des Ost-West-Konflikts entwickelte (Shaw 1991, 1997). Shaw anerkennt zwar ohne weiteres, dass die westlichen Demokratien über stark entwickelte militärische Institutionen verfügen. Im Vergleich zum Rang des Militärs und des Militärischen in den „modernen“ Gesellschaften des 20. Jahrhunderts hat sich jedoch die Relation zwischen den Wohlfahrtszielen und dem militärisch unterfütterten Machtstreben entscheidend zugunsten der Wohlfahrt verändert; wichtigster Indikator ist der abnehmende Anteil der Militärausgaben am Bruttosozialprodukt.

Auch Giddens und Beck notieren diesen Trend (Giddens 1995, Beck 1997). Hieraus ergibt sich eine Folgerung für Rüstungskontrolle: Sie hilft, die zugunsten der Wohlfahrt veränderten Prioritäten zu implementieren. Denn sie erlaubt es, Ressourcen zugunsten von Wohlfahrtszielen freizusetzen. Daher muss sie bevorzugtes Instrument demokratischer Sicherheitspolitik sein.

Held u.a. stellen in ihrer umfassenden Untersuchung der gegenwärtigen Globalisierungstendenzen eine Machtverschiebung in den westlichen Gesellschaften weg von den militärisch-industriellen Interessen fest. Der Trend gehe von den traditionellen Konnotationen nationaler Sicherheit in Richtung kooperativer Sicherheit. Diese Änderung der interessenbedingten wie der normativen Basis erhärtet gleichfalls die These, Rüstungskontrolle und Abrüstung seien die demokratieadäquaten Formen der Sicherheitspolitik (Held u.a. 1999, 137 ff.).

Rüstungskontrolle hat eine Vorgeschichte, die bis in die Antike reicht (Croft 1996, Kap. 1). Jedoch hat sie sich erst seit den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts als ein zweiter Pfeiler der Sicherheitspolitik neben der militärischen Verteidigungspolitik etabliert (Goldblat 1994). Sie erwuchs aus der Erkenntnis, dass mit dem Erreichen der nuklearen Parität zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion die Stabilitätsrisiken der Sicherheit beider Parteien abträglich waren. Rüstungskontrolle diente in erster Linie der Stabilisierung des militärischen Gleichgewichts, nachrangig der Senkung der Rüstungskosten und der Schadensminderung im Kriegsfall (Brennan 1960; Henkin 1960; Bull 1961; Schelling/Halperin 1961). Zunächst auf den nuklearen Sektor konzentriert, dehnte sie ihren Einzugsbereich auf faktisch alle Waffentypen aus, ohne dass die konzeptionellen Grundlagen der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre eine Veränderung erfahren hätten. Erst in den siebziger Jahren wurden im Zuge der Entspannungspolitik und der zunehmenden Diskussion über vertrauensbildende Maßnahmen auch das transformative Potential der Rüstungskontrolle diskutiert (Sheehan 1988).

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts stellte sich die Frage nach neuen konzeptionellen Grundlagen der Rüstungskontrolle, aber auch nach der Rolle kühnerer Abrüstungsschritte, die nun möglich schienen. Vor allem der Wegfall der bipolaren Struktur motivierte diese Debatte. Freilich waren bereits zuvor unter dem „Schirm“ der bilateralen amerikanisch-sowjetischen Beziehungen multilaterale Abkommen regionaler und globaler Reichweite geschlossen worden, am prominentesten der nukleare Nichtverbreitungsvertrag, deren Erfolg auf die Mitwirkung von Akteuren angewiesen waren, die außerhalb der Allianzsysteme und der Kontrolle der Supermächte gestanden hatten (Gra-

ham 1998; Müller/Fischer/Kötter 1994). Als neue Problematiken traten nunmehr die weitere und schnellere Ausbreitung von Mehrzwecktechniken („dual use“) und die Notwendigkeit auf, weitere Mächte mit globalen Interessen und Ambitionen (China, Indien) zu integrieren. „Informationskrieg“ als neue Dimension von Auseinandersetzung und entsprechende Kontrollmöglichkeiten gewannen an Bedeutung. Ferner trat der Komplex der Vertragseinhaltung und der zugehörigen Instrumente stärker in die Aufmerksamkeit der wissenschaftlichen Analyse (Roberts 1997; Goldman 1997; King 1999; Brown 2000). Umfassende Entwürfe aus dieser Zeit konzeptualisierten Rüstungskontrolle weniger als ein Mittel zur Stabilisierung bilateraler Konflikte denn vielmehr als umgreifendes Instrument von Weltordnungspolitik (Nolan u.a. 1994; Steinbruner 2000; Baglione 1997; Duffy 1997).

Der überwiegende Teil der Literatur zu Rüstungskontrolle und Abrüstung seit den späten fünfziger Jahren ist politikorientiert. Er befasst sich mit Konzepten für die Neugestaltung der Rüstungskontrolle, mit spezifischen rüstungskontrollpolitischen Vorschlägen sowie mit der empirischen Untersuchung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und der Wirksamkeit von Vereinbarungen. Auch Untersuchungen, die sich mit dem systematischen Vergleich der vorliegenden Erfahrungen befasst haben, zielten praxeologisch auf die Herausarbeitung der Erfolgsbedingungen der Rüstungskontrolle ab (Carnesale/Haas 1987; Carter 1988). Sie geben für unsere Fragestellung nur wenige Hinweise. Einer davon bezieht sich auf die Notwendigkeit, die Rüstungskontrollgegner und –skeptiker durch kompensatorische Verteidigungsprojekte zu neutralisieren; dies weckt gewisse Zweifel an der durchgehenden Richtigkeit der Vermutung, das utilitaristische Kalkül der Bürger ziele zwangsläufig auf die Minderung von Rüstungskosten. Ein zweiter Hinweis ergibt sich aus dem Trend, Rüstungskontrolle zunehmend im Rahmen internationaler Organisationen zu betreiben (Croft 1996, Kap. 6); angesichts der empirischen Beobachtung, dass Demokratien sich eher und häufiger in solche Organisationen begeben als Nichtdemokratien, könnte hieraus eine tentative Bestätigung der Nullhypothese gelesen werden, freilich nur in indirekter und daher schwacher Form. In die gleiche Richtung deutet ein weiteres Ergebnis der Evolution von Rüstungskontrolle, nämlich die zunehmende „Tiefe“ der abgeschlossenen Abkommen (Detaillierungsgrad der Vorschriften, Anforderungen der Verifikation, Verlängerung des Verpflichtungszeitraums) (Croft 1996, 31/33; Müller 1993a). Vor allem die wachsende Intrusivität der Verifikationserfordernisse stellen für geschlossene Systeme höhere Hürden vor Rüstungskontrollvereinbarungen (Florini 1997; Gallagher 1999); daraus sollte man ein Verhaltensdifferential zugunsten von Demokratien erwarten.

Realistische sowie neorealistische (Jervis 1978, 1983, 1985, 1988, 1998; Glaser 1995/5, 1997; Davis 1993), und neoinstitutionalistische (z.B. Müller 1989; Downs/Rocke 1990; Efinger 1990, 1991; Cupitt/Long 1993; Müller 1993; Bernauer 1993; Haftendorn/Keck 1997) Untersuchungen analysierten Rüstungskontrollregime auf die Frage hin, ob deren *Entstehung* den eigenen Hypothesen über die Entstehungsbedingungen von Regimen entspreche. Vor allem für neorealistische Theoretiker stellte das Wachstum und die Vielfalt von Rüstungskontroll- und Abrüstungsregimen eine Herausforderung dar, schien sie doch den eigenen Annahmen über die Marginalität von Normen in der „Hohen Politik“ zu widersprechen. So ging es hier um die Herausarbeitung der Bedingungen, die den „unwahrscheinlichen“ Fall gelingender sicherheitspolitischer Kooperation begünstigen (s. bes. Matthews 1996). Für die Neoinstitutionalisten ging es vor allem um die Einordnung der sicherheitspolitischen Lage zwischen den jeweiligen Partnern in die Typologie der Situationsstrukturen und daraus abgeleiteten Spielsituationen.

Rüstungskontrolle war ebenfalls Gegenstand von neoinstitutionalistischen Analysen über die *Robustheit*, d.h. das Bestandsvermögen institutionalisierter Kooperation unter Stressbedingungen, wobei die Machtverteilung unter den Regimeteilnehmern und die Norm der Gerechtigkeit bei den regimeeigenen Verteilungsmustern als wichtigste unabhängige Variable herausgearbeitet wurden (Schimmelfennig 1994).

Konstruktivistische Arbeiten haben immerhin Aufschlüsse über das Verhältnis von gesellschaftlichen Diskursen über die Rüstungskontrolle zu den entsprechenden Regierungspolitiken gegeben. Hierzu zählen die Arbeiten über unterschiedliche ausgeprägte strategische Kulturen, die mehr oder weniger rüstungskontrollfreundliche Politik begünstigen oder behindern (Krause 1998; Katzenstein 1996). Während der größte Teil dieser Arbeiten sich auf die Diskurse konzentriert und die politischen Strukturen, innerhalb derer sich diese Diskurse vollziehen, wenig berücksichtigt, haben einige wenige konstruktivistische Arbeiten Hinweise darauf gegeben, dass unterschiedliche politische Strukturen den rüstungskontrollpolitischen Diskurs in unterschiedliche Richtungen lenken können (Risse-Kappen 1994b; Wisotzki, i.V.). Jeffrey Knopf (1998) hat die Abhängigkeit rüstungskontrollpolitischer Erfolge von dem herrschenden Koalitionstyp in der Demokratie und von der Salienz der jeweiligen Sicherheitsproblematik im politischen Diskurs herausgearbeitet. Damit wird das Augenmerk auf die inneren Strukturen der an Rüstungskontrolle beteiligten Staaten gelenkt, allerdings nicht entlang einer Achse, die zwischen Demokratien und Nichtdemokratien unterscheidet. Emanuel Adler hat die Wichtigkeit „normativer Unternehmer“ und „epistemischer Gemeinschaften“ auch für die Entstehung rüstungskontrollpolitischer Regime nachgewiesen (Adler 1992); auch hieraus lässt sich die Vermutung schließen, dass in politischen Systemen mit größerer Meinungsfreiheit und Teilhabemöglichkeit auch in einem sensitiven Gebiet wie der Sicherheitspolitik größere Initiativen zur Rüstungskontrolle erwachsen können: ein weiterer „Pluspunkt“ für die Nullhypothese.

Eine schwache Stützung der Nullhypothese leitet sich aus Arbeiten ab, die sich mit dem normativen Gehalt von Verbotsregimen in der Rüstungskontrolle befassen. Sie identifizieren als eine wichtige Gemeinsamkeit solcher Regime den Schutz von „unschuldigen“ und „schwachen“ Personen vor Verstümmelung und besonders grausamem Tod (Price 1997, 1998; Price/Tannenwald 1996; Tannenwald 1998; Finnemore 1996; Finnemore/Sikkink 1998). Hier ließe sich hypothetisch eine (schwache) Verbindung zu dem auf das aufklärerische Menschenbild gestützten normativen Argument des „demokratischen Friedens“ ziehen; schwach deshalb, weil auch andere Faktoren (z.B. religiöse Werte) diese Einstellung begünstigen könnten.

Bei der Untersuchung der Wirkung von Rüstungskontrollregimen wurde festgestellt, dass die Gewaltenteilung, die verfassungsmäßige Mitwirkung des Parlaments an der Vertragsratifizierung sowie die öffentliche Debatte in den sicherheitspolitischen Diskursen die rüstungskontrollfreundlichen gegenüber den rüstungskontrollfeindlichen Kräften favorisiert. Da auch diese Systemmerkmale überwiegend auf Demokratien zutreffen, ergibt sich eine weitere Stützung der Nullhypothese (Müller 1993b). Gelegentlich freilich führt die Mitwirkung des Parlaments zu Verzögerungen oder – wie im Falle des Teststoppvertrages – auch zur Verhinderung von Rüstungskontrolle. Insoweit können Parlamente auch Anlaufstellen für die Rüstungskontrollgegner bieten. Unklar bleibt, inwieweit sich die Bildung von Sicherheitsgemeinschaften unter den Demokratien auf deren Sicherheitspolitik und Neigung zur Rüstungskontrolle gegenüber Dritten auswirkt (Adler/Barnett 1998).

Postmoderne Kritik an Rüstungskontrollregimen konzentrierte sich auf die Herausarbeitung verdeckter Herrschaftsstrukturen innerhalb der Regimekonstruktion, wobei die Hegemonialmächte durch die Beherrschung des Diskurses, der die normative Regimestruktur leitet, die eigene Suprematie innerhalb der Regimegemeinschaft festigten (Keeley 1990, Campbell 1992). Sie ist geeignet, das naive Vorverständnis zu relativieren, wonach Kooperation im Sicherheitssektor immer eine gute Sache sein müsse. Keiner dieser Ansätze hilft indes hinsichtlich der uns interessierenden Fragestellung des Verhältnisses von Demokratie zu Rüstungskontrolle weiter.

Die liberale Theorie hat sich vor allem auf die Frage des „demokratischen Friedens“ konzentriert. Rüstungskontrollpolitische Folgerungen sind jedoch in dieser Debatte nicht explizit formuliert worden; sie müssen für die Zwecke dieses Projekts rekonstruiert werden. In seinem „Traktat zum ewigen Frieden“ anerkennt Kant die fortgesetzte Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft. Er gibt einen Hinweis auf die Neigung von Demokratien, den hierfür erforderlichen Aufwand zu minimieren, indem er Milizen – im Unterschied zu stehenden Heeren – als die adäquate Form de-

mokratischer Verteidigungsorganisation definiert. Zur Rüstung im eigentlichen Sinne äußert er sich nicht. Dies ist insoweit nicht verwunderlich, als zu seiner Zeit militärische Technologie nur langsam voranschritt und Fragen der Strategie, Taktik, Logistik und der militärischen Organisation weitaus entscheidender für den Verlauf von Kriegen waren. Selbst die herausragende Untersuchung über den Krieg von Carl von Clausewitz schenkt dem Aspekt der Rüstung keine Beachtung.

Verwunderlicher ist eher, dass in der jüngeren Debatte zum „demokratischen Frieden“ die Rüstungsfrage nicht extensiver diskutiert worden ist. Der theoretische Zusammenhang zwischen Demokratie und Rüstungskontrolle wurde dabei kaum thematisiert. Dies unternahmen eher auf realistischer Basis argumentierende, konservative Autoren in politischer Absicht. Sie wiesen auf die unterschiedlichen politischen Präferenzen, Zielsetzungen und institutionellen Voraussetzungen in demokratischen und totalitären Systemen hin und leiteten daraus die Warnung ab, dass Demokratien eher zur Einhaltung, totalitäre Systeme eher zum gezielten Bruch von Abkommen und zu betrügerischem Verhalten neigten. Überdies ließen sich Demokratien von Rüstungskontrollabkommen zu einem falschen Sicherheitsgefühl verleiten, während totalitäre Systeme zielgerecht weiterrüsteten und auf diese Weise militärische Überlegenheit erlangen oder ausbauen könnten (Gray 1992, 1993, Wallop/Codevilla 1987; Douglass 1988; Ranger 1987). Empirische Untersuchungen haben allerdings keine Anhaltspunkte für die Richtigkeit dieser Hypothesen ergeben (Carter 1989, Carnesale/ Haas 1987; Koubi 1994; Buzan/Herring 1998).

Zwar gab es eine Reihe theoriegeleiteter Fallstudien, nicht zuletzt aus der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, die – ausgehend von liberalen Grundannahmen – den Einfluss innergesellschaftlicher und innenpolitischer Konstellationen sowie wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ideologischer Faktoren auf die Rüstungskontrolle untersuchten. Ebenso wie vergleichende empirische Untersuchungen der Erfolgsbedingungen von Rüstungskontrolle kamen diese Arbeiten durchweg zu der Schlussfolgerung, dass Rüstungskontrollpolitik aus internationalen Verhältnissen allein nicht erklärbar sei. Interne Präferenzbildungen und Machtverteilungen spielten eine herausragende Rolle und könnten die Erfolgsbedingungen rüstungskontrollpolitischer Anstrengungen im positiven wie im negativen Sinne dramatisch beeinflussen (Krell 1977, Kubbig 1983, 1988; Wilzewski 1999, Dembinski 1997, Risse-Kappen 1988, Czempiel 1989, Müller/Kötter 1990; Sands 1997; Müller 1998)

Längsschnittanalysen deutscher, britischer, französischer und amerikanischer Rüstungskontrollpolitik bzw. ihrer einzelnen Felder weisen erhebliche Änderungen und Schwankungen über Zeit aus (Müller-Kötter 1990, Kelle 1996, Kubbig 1982, 1988, Czempiel 1988, Garthoff 1985, Wisotzki i.V.). Zwischen den demokratischen Ländern scheint es teils dramatische Unterschiede zu geben (Müller 1998), die sich in jüngster Zeit vor allem als Divergenzen zwischen den Vereinigten Staaten und ihren kanadischen und europäischen Verbündeten niederschlagen. Diese Forschungsergebnisse und der Augenschein der jüngeren Entwicklung werfen an der Richtigkeit der Nullhypothese Zweifel auf: Im Lichte der aus dem demokratischen Frieden abgeleiteten Hypothese bedarf dieser – zunächst oberflächliche – Befund der Nachprüfung und gegebenenfalls der Erklärung.

Insgesamt ergab sich aus dem Interesse am „demokratischen Frieden“ und den empirischen Befunden liberaltheoretisch angeleiteter Untersuchungen bisher keine systematische Verbindung. Ob es einen spezifischen Umgang der Demokratien mit dem Bereich der Rüstungspolitik und somit auch der Rüstungskontrollpolitik gebe, kann auf dieser Grundlage noch nicht verlässlich beurteilt werden. Die bisherige Forschung gibt nur diverse Einzelhinweise, die überdies in verschiedene Richtungen weisen. An vergleichenden Arbeiten unter dieser Themenstellung fehlt es ebenfalls. Unser Projekt möchte eine Anstrengung unternehmen, diese Lücke zu füllen.

Forschungskonzept

Das Projekt zielt darauf ab, die Varianz der Rüstungskontrollpolitik zwischen ausgewählten Demokratien zu erfassen und zu erklären. Dazu wird das rüstungskontrollpolitische Verhalten von neun Ländern in zehn Politikfeldern analysiert und auf einer Rangskala eingeordnet, die von „sehr rüstungskontrollfreundlich“ bis „sehr rüstungskontrollfeindlich“ reicht (abhängige Variable).

Die unabhängigen Variablen teilen sich in zwei Typen. Der erste Typ umfasst Faktoren, die geeignet sind, die in der monadischen Theorie des demokratischen Friedens unterstellten Kausalmechanismen, die eigentlich zu einer rüstungskontrollfreundlichen Politik führen müssten, zu neutralisieren oder umzukehren. Dabei handelt es sich um:

a) Identität/Rolle

Die erste Annahme ist, dass unterschiedlich gestaltete Identitäten/Rollen innerhalb des für Demokratien legitimen Spektrums die Richtung der Kausalitätsmechanismen des „demokratischen Friedens“ prägen. Diese Annahme leitet sich aus der konstruktivistischen These ab, dass Interessen und Präferenzen von Staaten im wesentlichen durch die kollektiven Identitäten bestimmt werden. Idealtypisch unterscheiden wir zwischen

- „Weltmacht“:
- „Zivilmächte/Handelsstaaten“
- „Friedensaktivisten“

Die Identitäten werden aus der Sekundärliteratur über die Länder erhoben.

b) Sonderinteressen an Rüstungsvorhaben

In Demokratien gibt die Koalitionsfreiheit Interessengruppen die Chance, im Sinne ihrer partikularen Belange Einfluss auf die politische Entscheidungsbildung zu nehmen. Ihre Stärke kann Einfluss auf das Rüstungs(kontroll)verhalten der jeweiligen Regierung ausüben.

c) Starke/schwache Exekutive

Wegen der großen Bedeutung der institutionellen Kontrollfunktionen in den Kausalmechanismen des demokratischen Friedens wird unterstellt, dass die Rüstungskontrollpräferenzen in Staaten mit einer relativ schwächeren Position der Exekutive stärker, in Staaten mit einer starken Position der Exekutive eher schwächer ausgeprägt sind: Wo die Exekutive relativ frei walten kann, so wird angenommen, wird sie Sorge tragen, sich die Handlungsfreiheit über die Instrumente organisierter Gewalt weitestmöglich zu erhalten. Sie wird daher rüstungskontrollpolitisch eher zurückhaltend agieren.

d) Konformitätszwang in Allianzen der Demokratien

Die Exekutiven von Demokratien gewinnen durch die Entscheidungsverlagerung auf die Ebene internationaler Organisationen gegenüber den innenpolitischen, demokratischen Kontrollinstanzen Handlungsspielräume (Wolf 2000). Die Verteidigungsbündnisse der Demokratien sind Organisationen der Exekutive. Es wird vermutet, dass diese Organisationen den Spielraum der demokratischen Institutionen auf nationaler Ebene in Verteidigungsfragen erheblich einschränken und damit die Möglichkeit zu rüstungskontrollpolitischer Profilierung begrenzen.

Der zweite Typ unabhängiger Variablen dient dem Zweck, eine aus dem Neorealismus abgeleitete Alternativerklärung zu der aus dem „demokratischen Frieden“ gewonnenen zu untersuchen. Zum einen lässt sich argumentieren, dass sich die mächtigsten Staaten die Einschränkungen, die durch Rüstungskontrollverpflichtungen zustande kommen, in ihrer Handlungsfreiheit am meisten gehindert sehen, in einer reinen Selbsthilfe-Welt also am besten zurecht kommen (Mearsheimer 1990, 1994/5). Daraus ergibt sich die Vermutung, dass die Rüstungskontroll-Willigkeit der Staaten mit ihrer Stellung in der internationalen Machthierarchie negativ korreliert, es sei denn, die betreffenden Abkommen stellten die mächtigsten Staaten von einschränkenden Verpflichtungen frei. In dieser Alternativerklärung ist demzufolge der Machtstatus der untersuchten Demokratien die unabhängige Variable.

Der Einfluss der unabhängigen auf die abhängigen Variablen wird in detaillierten, verglichenen Fallstudien der rüstungskontrollpolitischen Entscheidungsprozesse in den untersuchten Demokratien geprüft. Die ausgewählten Länder USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Österreich, Kanada, Irland, die Niederlande und die Schweiz weisen hinsichtlich der unabhängigen Variablen genügend Varianz aus. Die untersuchten Felder – nukleare Abrüstung, Nichtverbreitung, Teststopp, Biologische Waffen, Chemiewaffen, konventionelle Waffen, vertrauensbildende Maßnahmen, Kleinwaffen und Landminen – variieren gleichfalls ausreichend, um feldspezifische Effekte zu kontrollieren.

Hypothesen

Entsprechend dem Projektdesign unterscheiden wir zwischen auf die Kausalmechanismen des demokratischen Friedens bezogene Hypothesen und die neorealistiche Alternativhypothese

Hypothese 1: Weltmächte weisen die geringste Rüstungskontrollpolitische Neigung auf, Handelsstaaten/Zivilmächte deutlich größere und Friedensaktivisten die größte. In den rüstungspolitischen Diskursen schlägt sich jeweils eine unterschiedliche „Logik der Angemessenheit“ nieder, in denen „richtiges Verhalten“ aus den Handlungsgeboten der eigenen Identität abgeleitet wird.

Hypothese 2: Je stärker die Interessen des Rüstungs-/Verteidigungssektors ausgeprägt sind, desto eher ist zu erwarten, dass sie sich als Sonderinteressen den eher diffusen Interessen der Bürgerschaft am Vorrang der Rüstungskontrollpolitik durchsetzen können. Die öffentlichen rüstungskontrollpolitischen Diskurse sind zwischen Staaten mit starker und jenen mit schwacher Rüstungsindustrie deutlich unterschieden. In den ersteren sind sie begrenzt und von Angehörigen der sicherheitspolitischen Elite dominiert; die ungehinderte Durchführung von Rüstungsprojekten spielt eine wichtige Rolle. Demgegenüber dominieren in den Ländern mit schwacher Rüstungsindustrie allgemeinere friedens- und sicherheitspolitische Argumente.

Hypothese 3: Die Rüstungskontrollpräferenzen sind in Staaten mit einer relativ schwächeren Position der Exekutive stärker, in Staaten mit einer starken Position der Exekutive eher schwächer ausgeprägt: Wo die Exekutive relativ frei walten kann, wird sie Sorge tragen, sich die Handlungsfreiheit über die Instrumente organisierter Gewalt weitestmöglich zu erhalten. Starke Staaten sind eher in der Lage, die Wünsche der Gesellschaft nach geringen Rüstungskosten und –lasten zu ignorieren. Die rüstungskontrollpolitischen Diskurse in „schwachen“ Staaten sind von einer breiteren Basis getragen als die in „starken“, und die Exekutiven benutzen selbst deutlich häufiger kooperationspolitische Argumentationen, um ihren Einklang mit den Präferenzen der Bevölkerung zu demonstrieren.

Hypothese 4: Die Rüstungskontrollneigung der ungebundenen Staaten ist größer als die der NATO-Mitglieder. Für die Bündnispartner zeigt sich die Rüstungskontrollneigung dort am schwächsten, wo die Allianz dadurch ihre militärischen Strategien beeinträchtigt sieht. Sie ist ausgeprägter in Feldern, in denen die Allianz selbst Rüstungskontrolle wünscht oder keine Position be-

zieht. In den Diskursen der Bündnispartner spielt die Allianz als Referenzsystem für rüstungskontrollpolitische Positionen eine herausragende Rolle.

Neorealistische Alternativhypothese:

Hypothese 5: Je mächtiger ein Staat ist, desto geringer ist seine Bereitschaft, eigene Handlungsoptionen durch rüstungskontrollpolitische Bindungen einschränken zu lassen.

Vorgehensweise

Um die eingangs formulierten Hypothesen überprüfen zu können, werden die Fallstudien anhand der Methode der Prozessanalyse untersucht. Die Prozessanalyse erlaubt uns, die notierte Komplexität der zu untersuchenden Kausalzusammenhänge durch eine gestufte Analyse handhabbar zu machen. Im „process-tracing“ wird die Kausalkette zwischen vermuteter Ursache und resultierendem Effekt in einzelne Stufen unterteilt, um so die Möglichkeit zu erhalten, auf jeder dieser Stufen Beobachtungen für die angenommenen Kausalmechanismen sammeln zu können. (vgl. allgemein zur Methode der Prozessanalyse Bennett/George 1997: passim; George/McKeown 1985: 34-41; King/Keohane/Verba 1994: 226-228; Van Evera 1997: 64-71). Da diese Studie das Ziel verfolgt, konkurrierende Ursachenbeschreibungen miteinander zu vergleichen, wenden wir die Prozessanalyse in der Form der „backward-induction“ an (vgl. Van Evera 1997: 70). Aus der Beobachtung des Effekts (der rüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Aktivitäten in der internationalen Umwelt) verfolgen wir die Kausalkette über ihre einzelnen Glieder zurück, um so die relevanten Kausalmechanismen bestimmen zu können.

In einem ersten Schritt werden die rüstungskontrollpolitischen Positionen und das Verhandlungsverhalten der Länder in den einzelnen Feldern für den Untersuchungszeitraum analysiert. Die Länder werden dann einem der folgenden Typen zugeordnet, die nach „Rüstungskontrollfreundlichkeit“ in eine Rangordnung gebracht sind. Die Positionen in den einzelnen Feldern sollen zu einer kumulativen Skala für das gesamte Politikgebiet Rüstungskontrolle zusammengefasst werden. Dies ist erforderlich, um die Hypothesen aus den „Antinomien“ zu prüfen, die nicht politikfeldspezifisch, sondern systemverallgemeinernd angelegt sind. Überdies erlaubt eine solche kumulative Skala den Vergleichstest mit einer realistischen Hypothese (s.u.). Dabei muss das bekannte Problem gelöst werden, Ordinalskalen zu kumulieren. Die Lösung in diesem speziellen Fall wird in der ersten Projektphase erarbeitet.

Dem Zustandekommen der rüstungskontrollpolitischen Positionen, die von den Ländern im internationalen Raum bei der Entstehung, Implementation und Änderung von rüstungskontrollpolitischen Regimen eingenommen und vertreten werden, gilt der zweite Untersuchungsschritt. Hierbei werden die internen Entscheidungsprozesse daraufhin untersucht:

- welche Gruppen, Organisationen und Institutionen beteiligt sind
- welche Präferenzen und/oder normative Orientierungen die Akteure äußern
- welche Präferenzen sich in der Entscheidungsbildung durchsetzen
- ob sich hinsichtlich des Zugangs und der Einwirkungsmöglichkeiten der Akteure auf den Entscheidungsgang plausible Erklärungen für die Bildung der staatlichen Präferenzen finden lassen
- ob die Nutzenkalküle entscheidungsbeteiligter Akteure durch „side payments“ verändert werden
- ob die vertretenen Positionen mit traditionellen rüstungskontrollpolitischen Positionen des Staates übereinstimmen oder davon abweichen
- ob sich Hinweise auf die Einwirkung von außen (Bündnispartner, Bündnispositionen) ergeben.

Vorbereitende und begleitende Diskurse:

Im dritten Schritt gilt es schließlich, den Motivationen, die hinter den unterschiedlichen Positionen der Akteure stehen, diskursanalytisch näher auf den Grund zu gehen. Hierzu werden sowohl diejenigen rüstungskontrollpolitischen Diskurse in den verschiedenen Feldern untersucht, die den Entscheidungen vorangingen, als auch jene, die sie begleiteten. Im einzelnen werden die folgenden Äußerungen herangezogen:

- Die politischen und gesellschaftlichen strategischen/rüstungskontrollpolitischen Debatten
- Begleitende Statements bei Rüstungskontroll-Verhandlungen
- Parlamentarische Debatten

Gesichtet werden in diesem Schritt die Argumente, mit denen Positionen und Präferenzen begründet werden. Insbesondere werden die Referenzsysteme für die jeweiligen Begründungen geprüft. Handelt es sich bei den Referenzsystemen um

- nationale/partikulare Interessen?
- die internationale Bedrohungslage?
- bestehende rüstungskontrollpolitische Regime und deren Vorgaben?
- Nutzenkalküle?
- normative Orientierungen?
- eigene Traditionen?
- Wünsche, Interessen, Interventionen von Partnern und Alliierten?
- Beschlusslagen oder rüstungspolitische Positionen und Projekte von Bündnissen?

Bewertung

Anhand der rüstungs- und rüstungskontrollpolitischen Entscheidungsprozesse und begleitenden politischen und gesellschaftlichen Diskurse wird in den Fallstudien länder- und feldspezifisch geprüft,

- ob und inwieweit die jeweilige Politik der Demokratie der aus der Theorie des DF abgeleiteten Erwartung entspricht, Rüstungskontrolle als bevorzugte Form von Sicherheitspolitik zu verfolgen. Indikatoren hierfür sind:
 - die eigenständige Suche nach rüstungskontrollpolitischen Lösungen für sicherheitspolitische Probleme
 - die Bereitschaft zur Einschränkung militärischer Optionen zugunsten der rüstungskontrollpolitischen Lösungen, also eine klare Priorisierung der Rüstungskontrolle
 - die Bereitschaft zur antizipierenden Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der (nichtdemokratischen) Verhandlungspartner
 - das Bemühen um die schnelle und vollständige Implementation der eingegangenen Verpflichtungen (wobei Rücksicht auf die unterschiedliche Ressourcenausstattung der beteiligten Länder genommen wird, die die Beschleunigung oder Verzögerung von Implementation beeinflussen kann).

Oder

- inwieweit die von diesen Antinomien prognostizierten Prozesse in rüstungskontrollpolitischen Entscheidungen zum Tragen gekommen sind. Indikatoren hierfür sind:

- Die Entwicklung rüstungspolitischer Projekte mit dem Ziel, Abschreckung zu stärken und/oder eigene Verluste oder Kollateralschäden zu mindern und die entsprechende Beschränkung rüstungskontrollpolitischer Optionen (erste Antinomie)
- Der Verweis auf den nichtdemokratischen Charakter der Rivalen und Feinde und entsprechende Bedrohungsbilder sowie die Relativierung der Verlässlichkeit der rüstungskontrollpolitischen Sicherheitsgewährleistung (zweite Antinomie)
- Der Einfluss rüstungswirtschaftlicher und –bürokratischer Interessen auf die Entscheidungen (dritte Antinomie)
- Die Internalisierung bündnispolitischer Entscheidungen, Pressionen und Argumente zuungunsten rüstungskontrollpolitischer Vorschläge (vierte Antinomie).

Ertrag

Das Projekt wird einen Beitrag zur Debatte über den „demokratischen Frieden“ leisten. Sie hat sich bislang ausschließlich auf den Zusammenhang zwischen Demokratie und aktueller Kriegsbeteiligung oder Kriegsinitiierung konzentriert. Die Implikationen, die die Annahmen der Theorie des demokratischen Friedens für das Verhältnis zwischen demokratischer Verfasstheit und den Instrumenten organisierter Gewalt haben, sind weder durchdacht noch empirisch untersucht worden. Diese Lücke soll in diesem Projekt für das Feld Rüstungskontrolle/Abrüstung geschlossen werden.

Bearbeiter/innen,

An diesem Projekt arbeiten fünf wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, Harald Müller (Leiter), Annette Schaper, Bernd W. Kubbig, Hans-Joachim Schmidt und Simone Wisotzki, sowie eine Promovierende, Una Becker. Ein/e Promovierende/r soll vor Jahresende eingestellt werden.

Laufzeit/Finanzierung

1.1.2002 – 31.12.2005; das Projekt wird von der DFG gefördert

Literatur

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael (eds.): *Security Communities*, Cambridge: Cambridge University Press, 1998
- Adler, Emanuel: 'The Emergence of Cooperation: National Epistemic Communities and the International Evolution of the Idea of Nuclear Arms Control', in Peter M. Haas (Hg.), *Knowledge, Power, and International Policy Coordination*, International Organization, Jg. 46, Nr. 1, 1992
- Adler, Emanuel: *Seizing the Middle Ground: Constructivism in World Politics*, in: *European Journal of International Relations*, Jg. 2, Nr. 3, 1997, 319-363
- Baglione, Lisa A.: *Finishing START and Achieving Unilateral Reductions: Leadership and Arms Control at the End of the Cold War*, in *Journal of Peace Research*, Jg. 34, Nr. 2, May 1997, 135-152
- Beck, Ulrich: *The Reinvention of Politics*, Cambridge, Polity Press 1997
- Bernauer, Thomas: *The Chemistry of Regime Formation: Explaining International Cooperation for a Comprehensive Ban on Chemical Weapons*, Aldershot et al.: Dartmouth, 1993
- Brennan, Donal G. (Hg.): *Arms Control, Disarmament and National Security*, *Daedalus*, Jg. 89, Nr. 4, Special Issue, 1960
- Brown, Harold: *Is Arms Control Dead?* in: *The Washington Quarterly*, Jg. 23, Nr. 2, Frühjahr 2000, 173-177
- Bull, Hedley: *The Control of the Arms Race*, London, Weidenfeld and Nicolson, 1961
- Buzan, Barry/Herring, Eric: *The Arms Dynamic in World Politics*, Boulder, London 1998, 211-229

- Campbell, David: *Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity*, Minneapolis: University of Minnesota Press, 1992
- Carnesale, Albert/Haass, Richard N.: *Superpower Arms Control: Setting the Record Straight*, Cambridge, Mass., Ballinger, 1987
- Carter, April: *The Success and Failure of Arms Control*, Oxford, Oxford University Press, 1989
- Cline, Ray S.: *The Power of Nations in the 1990s*, University Press of America 1994
- Codevilla, Angelo/Wallop, Malcolm: *The Arms Control Delusion*, San Francisco, Institute for Contemporary Studies, 1987
- Croft, Stuart, *Strategies of arms control : a history and typology.* – Manchester (u.a.), Manchester Univ. Pr., 1996
- Croft, Stuart: *Strategies of Arms Control. A History and typology*, Manchester/New York Manchester University Press 1996
- Cupitt, Richard T./Long, William J.: *Multilateral Cooperation and Nuclear Nonproliferation in: Security Studies*, Jg. 2, Nr. 3/4, 1993, 332-344
- Czempiel, Ernst-Otto: *Internationale Politik. Ein Konfliktmodell*, Paderborn u.a., 1981
- Czempiel, Ernst-Otto: *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn u.a., 1986
- Czempiel, Ernst-Otto: *Machtprobe. Die USA und die Sowjetunion in den achtziger Jahren*, München, Beck, 1988
- Czempiel, Ernst-Otto: *Kants Theorem. Oder: Warum sind Demokratien (noch immer) nicht friedlich?*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3: 1, Juni 1996, (1996a) 79-102
- Czempiel, Ernst-Otto: *Theorie und Strategie. Überlegungen nach Hajo Schmidts Kommentar*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 3: 1, Juni 1996, (1996b) 117-122
- Davis, Zachary S.: *The Realist Nuclear Regime*, in: *Security Studies*, Jg. 2, Nr. 3/4, 1993, 79-99
- Dembinski, Matthias: *Rüstungskontrolle und Konflikt. Die amerikanische Diskussion um strategische Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle 1981-1984*, Münster, Lit. 1997
- Douglass, Joseph: *Why the Soviets Violate Arms Control Treaties*, Washington, D.C., Pergamon-Brassey's 1988
- Downs, Anthony: *An Economic Theory of Democracy*, New York 1957
- Downs, George W./Rocke, David M.: *Tacit Bargaining, Arms Races, and Arms Control*, Ann Arbor: University of Michigan Press, 1990
- Duffy, Gloria: *Beyond Defence, Deterrence, and Arms Control*, in *Contemporary Security Policy*, Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 73-82
- Dunn, Lewis A.: *Arms Control By Other Means, Survival*, Jg. 42, Nr. 4, Winter 2000/2001, 129-141
- Eden, Lynn: *Constructing Destruction: Organizations, Knowledge, and the Effect of Nuclear Weapons*, Ithaca, N.Y., Cornell University Press forthcoming
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Zürn, Michael 1988: *Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte*, Frankfurt/M 1988
- Efinger, Manfred: *Preventing War in Europe through confidence-building measures?* in: Volker Rittberger (Hg.), *International Regimes in East-West Politics*, London, Pinter 1990, 117-150
- Efinger, Manfred: *Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser: Entstehungsbedingungen effektiver Verifikationsvereinbarungen*, Baden-Baden, Nomos 1991
- Elman, Miriam Fendius (Hg.): *Paths to Peace. Is Democracy the Answer?*, Washington, D.C., CSIA Studies in International Security, 1997
- Finnemore, Martha: *National Interests in International Society*, Ithaca, N.Y.: Cornell University Press, 1996
- Finnemore, Martha/Sikkink, Kathryn: *International Norms Dynamics and Political Change*, in *International Organization*, Vo. 52, Nr. 4, Autumn 1998, 887-917
- Florini, Ann M.: *A New Role for Transparency*, in *Contemporary Security Policy*, Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 51-72
- Freedom House Survey Team (eds.): *Freedom in the World. The Annual Survey of Political Rights and Civil Liberties*, New York, Freedom House, 1999
- Gallagher, Nancy W.: *Bridging the Gaps on Arms Control*, in *Contemporary Security Policy*, Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 1-24

- Gallagher, Nancy W.: *The politics of verification.* – Baltimore, MD (u.a.) : Johns Hopkins, University Press, 1999, 311 S.
- Garthoff, Raymond, *Détente and Confrontation. American-Soviet Relations from Nixon to Reagan,* Washington, D.C., Brookings 1985
- George, Alexander L./Bennett, Andrew: *Process Tracing in Case Study Research,* paper presented at the MacArthur Foundation Workshop on Case Study Methods, Belfer Center for Science and International Affairs (BCSIA), Harvard University, October 17-19
- George, Alexander L./McKeown, Timothy: *Case Studies and Theories of Organizational Decision Making,* in: *Advances in Information Processing in Organizations 2,* 1985, 21-58
- Giddens, Anthony: *Beyond Left and Right,* Cambridge, Polity Press 1995
- Glaser, Charles: 'Realists as Optimists. Cooperation as Self-Help', in *International Security* Jg. 19, Nr. 3, 1994/5
- Glaser, Charles: 'The Security Dilemma Revisited', in *World Politics,* Jg. 50, Nr. 1, 1997
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard: *Peace and Democracy. Three Levels of Analysis,* in *Journal of Conflict Resolution,* Jg. 41, Nr. 2, April 1997, S. 283-310, hier S. 294/5
- Goldblat, Josef: *Arms Control: A guide to Negotiations and Agreements,* London, Sage 1994
- Goldman, Emily O.: *Arms Control in the Information Age,* in *Contemporary Security Policy,* Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 25-50
- Graham, Thomas: *The Enduring Value of Arms Control,* in: James Brown (Hg.), *Arms Control Issues for the Twenty-First Century,* Albuquerque, 1997, 15-27
- Gray, Colin S.: *House of Cards: Why Arms Control Must Fail,* Ithaca, Cornell University Press 1992
- Gray, Colin S.: *Arms Control Does Not Control Arms,* *Orbis,* Jg. 37, Nr. 3, Summer 1993, 333-352
- Grieco, Joseph M.: *Cooperation among Nations: Europe, America and non-tariff Barriers to Trade,* Ithaca: Cornell University Press, 1990
- Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen,* Baden-Baden, Nomos 1997
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker: *Theories of International Regimes,* Cambridge: Cambridge University Press, 1997
- Held, David: *Anthony McGrew, David Goldblatt, Jonathan Parraton, Global Transformations. Politics, Economics and Culture,* Cambridge, Polity Press 1999
- Henkin, Louis (Hg.): *Arms Control,* New York, Ballantine Books, 1960
- Herz, John: *International Politics in the Atomic Age,* New York, Col. Univ. Press 1967
- Hopf, Ted: *The Promise of Constructivism,* in *International Security,* Jg. 23, Nr. 1, Sommer 1998, 171-200
- Oren, Ido: *The Subjectivity of the „Democratic Peace“.* Changing U.S. perceptions of Imperial Germany, in Michael F. Brown/Sean M. Miller, E. Stephen (eds.), *Debating the Democratic Peace,* Cambridge Mass. u.a. 1996, 263-300
- International Security,* Jg. 20, Nr. 2, Fall 1995, 147-184
- Jepperson, Roland L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J.: *Norms, Identity and Culture,* in Peter Katzenstein (Hg.), *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics,* New York 1996, 33-75
- Jervis, Robert: 'Cooperation under the Security Dilemma', in *World Politics,* Jg. 20., 1978
- Jervis, Robert: 'Security Regimes', in Stephen Krasner (Hg.), *International Regimes,* Ithaca, New York: Cornell University Press, 1983
- Jervis, Robert: 'From Balance to Concert: A Study of International Security Cooperation' in: *World Politics,* Jg. 18, Nr. 1, 1985
- Jervis, Robert: 'Realism, Game Theory, and Cooperation', in: *World Politics,* Jg. 40, Nr. 3, 1988
- Jervis, Robert: 'Realism, Neoliberalism, and Cooperation. Understanding the Debate', *International Security* Jg. 24, Nr. 1, 1999
- Johnson, Rebecca: *Nuclear Arms Control through Multilateral Negotiations,* in *Contemporary Security Policy,* Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 83-115
- Katzenstein, Peter (Hg.): 'The Culture of National Security. norms and Identities' in *World Politics,* New York: Columbia University Press, 1996
- Keck, Otto: 'Der Beitrag rationaler Theorieansätze zur Analyse von Sicherheitsinstitutionen' in Helga Haftendorn/Otto Keck (eds.), *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen,* Baden-Baden 1997

- Keeley, James F.: 'Toward a Foucauldian Analysis of International Regimes', in *International Organization* Jg. 44, Nr. 1, 1990
- Kelle, Alexander: *Italienische Sicherheitspolitik 1949-1988: die Bearbeitung zentraler verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischer Entscheidungssituationen durch gatekeeper und Exekutive*, Frankfurt/M, Lang, 1996
- Keohane, Robert O.: *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1984
- Keohane, Robert O./Martin, Lisa L.: 'The Promise of Institutional Theory', in *International Security*, Jg. 20, Nr. 1, 1995
- King, Gary/Keohane, Robert O./Verba, Sydney: *Designing Social Inquiry: Scientific Inference in Qualitative Research*, Princeton University Press, 1994
- King, David R.: *Interpreting Shadows: Arms Control and Defense Planning in a Rapidly Changing Multipolar World*, INSS Occasional Paper 2, 1999
- Knopf, Jeffrey W.: *Domestic Society and International Cooperation*, Cambridge: Cambridge University Press, 1998
- Koubi, Vally: *Military Buildups and Arms Control Agreements*, in *International Studies Quarterly*, Jg. 38, Nr. 4, Dezember 1994, 605-620
- Krause, Keith (Hg.): 'Culture and Security. Multilateralism, Arms Control and Security Building', in *Special Issue of Contemporary Security Policy*, Jg. 19, Nr. 1, 1998
- Krell, Gert/Kelle, Alexander: *Zur Theorie und Praxis der Rüstungskontrolle*, in: Manfred Knapp/Gert Krell (Hg.), *Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch*, München/Wien 1996, 379-412
- Krell, Gert: *Rüstungsdynamik und Rüstungskontrolle. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um SALT in den USA 1969-1975*, Frankfurt/M, Haag & Herchen, 1977
- Kubbig, Bernd W.: *Gleichgewicht oder Überlegenheit. Amerikanische Rüstungspolitik und das Scheitern von SALT II*, Frankfurt/M, New York, Campus, 1983
- Kubbig, Bernd W.: *Amerikanische Rüstungskontrollpolitik. Die innergesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der ersten Amtszeit Reagans (1981-1985)*, Frankfurt/M, Campus, 1988
- Layne, Christopher: *Kant or Cant. The Myth of Democratic Peace*, in: *IS*, Jg. 19, Nr. 2, 1994, 5-49
- Legro, Jeffrey W./Moravcsik, Andrew: 'Is Anybody Still a Realist?', in *International Security*, Jg. 24, Nr. 2, 1999
- Luard, Evan: *The Blunted Sword: The Erosion of Military Power in Modern World Politics*, London, Tauris 1988
- Maoz, Zeev/Russett, Bruce: *Alliance, Contiguity Wealth and Political Stability: Is the Lack of Conflict Between Democracies a Statistical Artifact?* in: *International Interactions*, Jg. 17, 1992, 245-267
- Matthews, John: *Current Gains and Future Outcomes*, *International Security* Jg. 21, Sommer 1996, 112-146
- Mearsheimer, John J.: 'Back to the Future. Instability in Europe After the Cold War', in *International Security*, Jg. 15, Nr. 1, 1990
- Mearsheimer, John J.: 'The False Promise of International Institutions', in *International Security*, Jg. 19, Nr. 3, 1994/5
- Mercer, Jonathan: *Anarchy and Identity*, in: *International Organization*, Jg. 49, Nr. 2, 1995, 229-252
- Mueller, John: *Retreat from Doomsday: The Obsolescence of Major War*, New York, Basic Books 1989
- Müller, Harald/Kötter, Wolfgang: *Deutschland und die Kernwaffen. Die Nichtverbreitungspolitik der beiden deutschen Staaten und des vereinten Deutschlands*, HSFK-Report 6/1990, Frankfurt/M. (HSFK) 1990
- Müller, Harald (ed): *How Western European Nuclear Policy Is Made. Deciding on the Atom*. London (Macmillan) 1991
- Müller, Harald: *The Evolution of Verification: Lessons From the Past For the Present*, in *Arms Control*, Jg. 14, Nr. 3, Dec. 1993a, 333-356
- Müller, Harald: *The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments: The Case of Security Regimes*, in: Volker Rittberger (Hg. with the assistance of Peter Mayer), *Regime Theory and International Relations*, Oxford (Clarendon Press) 1993, 361-388
- Müller, Harald: *The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments: The Case of Security Regimes*, in: Volker Rittberger (Hg. unter Mitarbeit von Peter Mayer), *Regime Theory and International Relations*, Oxford (Clarendon Press) 1993b, 361-388
- Müller, Harald: *Verrechtlichung, Innen- und Außenpolitik*, in Klaus-Dieter Wolf (Hg.), *Internationale Verrechtlichung. Jahresschrift für Rechtspolitikologie*, Pfaffenweiler, Centaurus-Verlagsgesellschaft 1993, 59-82

- Müller, Harald/Fischer, David/Kötter, Wolfgang: Nuclear Non-Proliferation and Global Order, Oxford, Oxford University Press 1994
- Müller, Harald: Von der Feindschaft zur Sicherheitsgemeinschaft – Eine neue Konzeption der Rüstungskontrolle, in Berthold Meyer (Red.), Eine Welt oder Chaos? Friedensanalysen 25, Frankfurt, Edition Suhrkamp 1996, 399-426
- Müller, Harald: Erfordernisse einer „friedlichen Militärordnung“, in Dieter Senghaas (Hg.), Frieden machen, Frankfurt/M, Suhrkamp 1997, 362-375
- Müller, Harald (Hg.): Europe and Nuclear Disarmament. Debates and Political Attitudes in 16 European Countries, Brussels, European Interuniversity Press 1998
- 2002 Müller, Harald: Antinomien des demokratischen Friedens, in: PVS, Jg. 43, Heft 1 Westdeutscher Verlag, 2002
- Müller, Harald: Regime Robustness, Regime Attractivity and Arms Control Regimes in Europe, in Cooperation and Conflict, Jg. 30, Nr. 3, 287-297
- Nolan, Janne E. (Hg.): Global Engagement. Cooperation and Security in the 21st Century, Washington, D.C., Brookings, 1994
- Owen, John M.: How Liberalism Produces Democratic Peace, in International Security, Jg. 19, Nr. 2, 1994, 87-125
- Polity III 1996: Regime Type and Political Autonomy 1800-1994, Ann Arbor, Inter-University Consortium for Political and Social Research
- Price, Richard M.: 'Reversing the Gun Sights: Transnational Civil Society Targets Land Mines', in International Organization, Jg. 52, Nr. 4, 1998
- Price, Richard/Tannenwald, Nina: Norms and Deterrence: The Nuclear and Chemical Weapons Taboos, in Peter J. Katzenstein (ed.), The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, Columbia University Press 1996, 114-152
- Price, Richard: The Chemical Weapons Taboo, Ithaca, New York: Cornell University Press, 1977
- Ranger, Robin: Learning from the Naval Arms Control Experience, Washington Quarterly, Jg. 10, Sommer 1987, 47-58
- Ray, James Lee: Democracy and International Conflict. An Evaluation of the Democratic Peace Proposition, Columbia, S.C., University of South Carolina Press, 1995
- Risse-Kappen, Thomas: 'Ideas Do not Float Freely: Transnational Coalitions, Domestic Structures, and the End of the Cold War', in International Organization, Jg. 48, Nr. 2, 1994
- Risse-Kappen, Thomas: Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, Jg. 2: 1, 1994, 171-184
- Risse-Kappen, Thomas: 'Democratic Peace-Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument', in European Journal of International Relations, Jg. 1, Nr. 4, 1995
- Roberts, Brad: Arms Control in the Emerging Strategic Environment, in: Contemporary Security Policy, Jg. 18, Nr. 1, April 1997, 57-82
- Ruggie, John Gerard: What Makes the World Hang Together? Neo-Utilitarianism and the Social Constructivist Challenge, in: International Organization, Jg. 52, Nr. 4/1998, S. 855-885
- Russett, Bruce: Controlling the Sword. Cambridge, Mass., Harvard University Press, 1990
- Russett, Bruce: Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World, Princeton, NJ, Princeton University Press, 1993
- Russett, Bruce u.a.: The Third Leg of the Kantian Tripod for Peace: International Organization and Militarized Disputes, 1950-1985, in: International Organization, Jg. 52, Nr. 3, 1998, 441-468
- Sands, Amy: The Impact of Governmental Context on Negotiation and Implementation: Constraints and Opportunities for Change, in Contemporary Security Policy, Jg. 18, Nr. 2, August 1997, 116-137
- Schelling, Thomas/Halperin, Morton: Strategy and Arms Control, New York, Twentieth Century Fund, 1961
- Schimmelfennig, Frank: Arms Control Regimes and the Dissolution of the Soviet Union. Realism, Institutionalism and Regime Robustness, in: Cooperation and Conflict 29, 1994, 115-148
- Schörnig, Niklas: Demokratischer Friede durch überlegene Feuerkraft, HSFK Standpunkt, 3/2001, Frankfurt, 2001
- Shaw, M.: Post-Military Society, Cambridge, Polity Press 1991
- Shaw, M.: Globalization and Post-Military Democracy, in: Andrew G. McGrew (Hg.), The Transformation of Democracy? Globalization and Territorial Democracy, Cambridge, Polity Press 1997
- Sheehan, Michael: Arms Control: Theory and Practice, Oxford, Blackwell 1988
- Smith, Roger K.: The Marginalization of Arms Control, Security Studies, Jg. 1, Nr. 1, Autumn 1991, 37-53

- Tannenwald, Nina: The Nuclear Taboo: The United States and the Normative Basis of Nuclear Non-Use, *International Organization*, Jg. 53, 3, Summer 1999, 433-468
- van Evera, Stephen: *Guide to Methods for Students of Political Science*, Cornell University Press, 1997
- Walt, Stephen M.: *The Origins of Alliances*, Ithaca, New York: Cornell University Press, 1987
- Waltz, Kenneth N.: *Theory of International Politics*, New York: Random House, 1979
- Weede, Erich: Determinanten der Kriegsverhütung während des Kalten Krieges und danach: Nukleare Abschreckung, Demokratie und Freihandel, in: *Politische Vierteljahresschrift* 35, 1994, 62-84
- Wendt, Alexander: *Social Theory of International Politics* 1999, Cambridge, Cambridge University Press, 1999
- Wilzewski, Jürgen: *Triumph der Legislative: Zum Wandel der amerikanischen Sicherheitspolitik 1981-1991*, Frankfurt/M, Campus 1999
- Wisotzki, Simone: *Weltbilder, Ideen, Normen: Eine konstruktivistische Interpretation der Nuklearwaffenpolitik Großbritanniens und Frankreichs in den neunziger Jahren*, i.V.
- Wolf, Klaus Dieter: *The New Raison D'Etat: International Cooperation Against Societies?* in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hg.), *Civilizing World Politics. Society and the Community Beyond the State*, Lanham et al., Rowman and Littlefield, 2000, 119-132